

Fischer, Bernhard

Article

Helfen - aber richtig

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fischer, Bernhard (1991) : Helfen - aber richtig, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 12, pp. 596

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136824>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Prinzipien in Mittel- und Osteuropa sowie in vielen Entwicklungsländern prägt den aktuellen Strukturwandel der Weltwirtschaft. Erhöhte wirtschaftliche Interdependenz eröffnet die Möglichkeit, den Wohlstand weltweit zu steigern. Gleichzeitig ist der Wohlstand aller Länder, unabhängig vom Entwicklungsniveau, stärker als bisher verwoben. Dies wird deutlich bei globalen Herausforderungen wie Umwelt und Migration, Drogen und Aids. Um so dringlicher stellt sich die Frage, wie die Kosten der weltweiten Reformprozesse und strukturellen Anpassungen international zu verteilen sind.

Eine traditionelle Form, die Entwicklungs- und Reformanstrengungen der schwächeren Partner der Weltwirtschaft zu unterstützen, stellt die Entwicklungshilfe der Industrieländer dar. Nach über drei Dekaden der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist es jedoch nur wenigen Entwicklungsländern gelungen, aus dem Teufelskreis von Armut und Unterentwicklung auszubrechen. Länder wie Korea, Taiwan und Mexiko haben wirtschaftlich einige OECD-Länder bereits eingeholt. Dagegen ist die Einkommenskluft gegenüber der Mehrzahl der Entwicklungsländer weiter angestiegen. Mehr als 45 der ärmsten Länder haben in der Nachkriegszeit negative oder stagnierende Pro-Kopf-Einkommen zu verzeichnen. Über eine Milliarde Menschen, d. h. ein Fünftel der Weltbevölkerung, lebt in absoluter Armut. Die Entwicklungsanforderungen sind besonders erdrückend, wenn man bedenkt, daß beinahe 95% der Zunahme der Weltbevölkerung in den nächsten 25 Jahren auf die Dritte Welt entfällt.

Die entscheidende Voraussetzung für eine anhaltende Überwindung der Armut sind Eigenanstrengungen der betroffenen Länder. Erforderlich ist vor allem die Bereitschaft, das Bevölkerungswachstum



Bernhard Fischer

Helpen – aber richtig

einzudämmen sowie die Rüstungsausgaben zu senken. Da voraussichtlich die Entwicklungshilfe kaum signifikant erhöht werden wird, müssen die verfügbaren Mittel noch effektiver und mit größerer Multiplikatorwirkung eingesetzt werden. Vielversprechende Ansatzpunkte sind die Beratung bei der Erstellung und Durchführung von Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogrammen, die Unterstützung beim Aufbau einer leistungsfähigen materiellen, bürokratischen und rechtlichen Infrastruktur sowie die Förderung von Ausbildung und Gesundheit. Verbesserte Standortqualität und eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft locken beschäftigungs- und einkommenschaffende Investitionen an – eine unverzichtbare Bedingung für eine dauerhafte Armutsbekämpfung.

Angesichts der engen Verflechtung der Weltwirtschaft werden konsistente Strategien und kohärente Ansätze der Wirtschaftspolitik und anderer Politikbereiche gegenüber der traditionellen Entwicklungshilfe immer wichtiger. So hängt der Erfolg von mehr markt- und exportorientierten Entwicklungsstrategien entscheidend vom Abbau von Marktzugangsbarrieren für Agrarprodukte und standardisierte Güter in den Industrieländern ab. Nach Schätzun-

gen der OECD wurde allein die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten mit 270 Mrd. US \$ im Jahre 1988 subventioniert; dagegen betrug die offizielle Entwicklungshilfe aller OECD-Staaten lediglich 50 Mrd. US \$. Darüber hinaus ist der Schutz arbeitsintensiver Industrien in den Industrieländern, der auch Nachfrage nach Gastarbeitern erzeugt, inkonsistent mit Versuchen, die Einwanderung einzudämmen. Eine Abschottung der Märkte in den Industrieländern behindert vor allem in rohstoffabhängigen Ländern eine erfolgreiche Diversifikation. Dies ist unvereinbar mit der Forderung nach mehr Umwelt- und Ressourcenschutz, zumal wenn Schuldendienste die Devisenerlöse aus Rohstoffexporten aufzehren.

Diese Beispiele deuten an, wie Marktöffnung und Subventionsabbau in den Industrieländern wirkungsvoller und anhaltender als Entwicklungshilfe die Armut lindern könnten. Weiterhin aber wird der Kapitalbedarf für die Dritte Welt hoch bleiben. Der anhaltende Trend sinkender Sparquoten in den Industrieländern muß deshalb umgekehrt werden. Nur so können die Realzinsen gesenkt und das Angebot globaler Ersparnisse für die armen Länder erhöht werden. Darüber hinaus müssen in den Industrieländern geld- und fiskalpolitische Maßnahmen vermieden werden, die zu extremen Schwankungen der Zinssätze und Wechselkurse führen. Diese begünstigen nicht nur Fehlentscheidungen hinsichtlich der Standortwahl und der Nutzung von Kapital, sondern erhöhen auch die finanziellen Risiken und erschweren den Abbau von Verschuldungsproblemen. Nur wenn der strukturelle Wandel in den Industrieländern vorankommt, die Marktorientierung und Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer anhalten und die Entwicklungszusammenarbeit effektiver wird, kann das Einkommensgefälle zwischen armen und reichen Ländern dauerhaft abgebaut werden.